

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
16. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 13.06.2023 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
19:07

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Braun-Kohl
Stv. Vincent Endereß
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Folke Schmelcher
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Kaimer

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Klaus

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat
Stv. Tessa Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Nicola Günther
Stv. Tabea Haberpursch
Stv. Andreas Rehm

Vertretung für Stv. Sack

Vertretung für Stv. Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StVD'in Doris Abel
VA Stefan Greß

Gäste

Herr Alfred Babel

Die Vorsitzende Bgm'in Dr. Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 16. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Die **Stv. Braun-Kohl** erklärt sich zu TOP 2 „Projekte Gebäudemanagement hier: Sachstandsbericht“ für befangen.

Der **Stv. Lemke** verweist darauf, dass er Mitglied im Haaner Bauverein sei und fragt daher an, ob er zum nichtöffentlichen TOP 22 „Grundstücksangelegenheiten“ befangen sei.

Die Ausschussmitglieder bejahen dies, so dass der Stv. Lemke zu diesem TOP als befangen gilt.

Weitere Befangenheitsmitteilungen liegen nicht vor.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf einen Dringlichkeitsantrag der WLH-Fraktion zur Tagesordnung vom 08.06.2023 und stellt die Aufnahme auf die Tagesordnung zur Diskussion.

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH und legt dar, weshalb die Fraktion hier eine Dringlichkeit sehe.

Stv. Rehm spricht sich für die Aufnahme auf die Tagesordnung aus, frage sich jedoch, worauf die WLH konkret hinauswolle, da hier kein konkreter Beschlussvorschlag genannt worden sei.

Stv. Blossey sieht in der heutigen Sitzung eigentlich keine zwingende Notwendigkeit der Diskussion, da diese eher im Fachausschuss geführt werden sollte, um den Eltern jedoch ggf. eine schnellstmögliche Rückmeldung geben zu können, spreche er sich für die Aufnahme auf die Tagesordnung aus.

Stv. Ruppert verweist darauf, dass das angesprochene Thema tendenziell alle Kitas in Haan betreffe und nicht ausschließlich ein Problem der Kita Am Sandbach sei. Auch eine Dringlichkeit sehe er zur heutigen Sitzung nicht gegeben.

Stv. Lemke erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese sich bei der Abstimmung über die Aufnahme auf der Tagesordnung enthalten werde.

Im Anschluss lässt **Bgm'in Dr. Warnecke** über die Aufnahme des Antrages auf die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
10 Ja / 0 Nein / 8 Enthaltungen

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt daraufhin, dass man den Antrag nach TOP 2 auf die Tagesordnung nehme.

Stv. Lukat verweist auf den Antrag der WLH-Fraktion vom 13.06.2023 (siehe nichtöffentliches Ratsinformationssystem), den nichtöffentlichen TOP 21 „Vertragsangelegenheiten“ von der Tagesordnung zu streichen.

Stv. Endereß führt aus, dass er den Antrag nachvollziehen könne, es jedoch auch nicht schade, über den Sachverhalt heute zu diskutieren.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt im Anschluss über den Antrag der WLH-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen

Der nichtöffentliche TOP 21 verbleibt demnach auf der Tagesordnung.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Bürgerantrag vom 11.04.2023**
hier: Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
Vorlage: 10/127/2023
-

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 11.04.2023 wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 2./ Projekte Gebäudemanagement**
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: 65/051/2023
-

Protokoll:

Da sich die **Stv. Braun-Kohl** zu diesem TOP für befangen erklärt hat, verlässt sie den Sitzungsraum.

Stv. Lukat verweist auf den Beschlussvorschlag der WLH-Fraktion aus der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA) und des Ausschusses für Bildung und Sport (BSA) und wirbt erneut dafür, diesem zu folgen.

Stv. Lemke sehe keinen Sinn dahinter, dass sich die Politik in die Organisation der Projekte einmische. Die Verwaltung wisse selbst am besten, welche Mitarbeiter_innen für welche Projekte am besten geeignet und eingearbeitet seien und wie die entsprechenden Projekte aufgrund der angespannten Personalsituation umgesetzt werden. Überdies hätten auch externe Planungsbüros Probleme geeignetes Fachpersonal zu finden. Insofern erklärt er, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der WLH-Fraktion nicht folgen werde.

1. Bgo. Herz beteuert, dass auch der Verwaltung die Projekte wichtig seien und man sich der Bedeutung dieser sehr bewusst sei. Sie verweist auf den ausführlichen, transparenten Sachstandsbericht des Gebäudemanagements, der die Gründe für das Erfordernis einer Priorisierung der Projekte umfassend darstellt. Die Mitarbeiter_innen des Gebäudemanagements seien bereits mit einer Vielzahl an Projekten betraut. Zusätzliche Stellen würden keine Verbesserung bringen, da es schon seit langem nicht gelinge, offene Stellen adäquat zu besetzen.

Stv. Niklaus führt aus, dass er durchaus die Politik in der Pflicht sehe, hier die Prioritäten vorzugeben. Wie diese letztendlich von der Verwaltung geplant und umgesetzt würden, sei jedoch nicht Aufgabe der Politik. Für Projekte mit gesetzlichen Umsetzungsfristen bedarf es aus seiner Sicht jedoch keines zusätzlichen Beschlusses, da sich die Pflicht der schnellen Umsetzung bereits aus dem Gesetz ergäbe.

Stv. Lukat verweist auf die kurzfristig übermittelte Anfrage der WLH-Fraktion vom 13.06.2023 bezüglich der Grundschule Steinkulle (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 2*) und bittet um Antwort der Verwaltung.

1. Bgo. Herz erläutert, dass man froh sei, eine hochwertige Übergangslösung gefunden zu haben und dass sich auch die Schüler_innen sowie die Lehrkräfte in der Dependence auf der Bachstraße wohl fühlen. Die Eltern seien zwar zunächst skeptisch gewesen, jedoch habe es bis heute keine Beschwerden gegeben. Auch stelle die Stadt eine Schulbuslinie zur Verfügung, auch wenn hierzu keine Verpflichtung bestünde. Sie teilt weiterhin mit, dass die Kollegin, welche aktuell bereits die Grundlagenermittlung für das Projekt übernommen hat, bereits mit dem Projekt Gesamtschule betraut und somit eigentlich vollends ausgelastet sei und daher nicht gleichzeitig noch die Projektleitung der Grundschule Steinkulle übernehmen könne.

Stv. Ruppert führt aus, dass es den Bürger_innen schwer vermittelbar sei, dass der Stellenplan immens aufgestockt werde, dort jedoch weiterhin Personalmangel herrsche. Er halte es jedoch auch für keine gute Lösung, die von der Verwaltung getroffenen Prioritäten der einzelnen Projekte seitens der Politik umzuschmeißen. Dies würde zu einer zusätzlichen Belastung des ohnehin schon ausgelasteten Personals des Gebäudemanagements führen.

Im Anschluss lässt **Bgm'in Dr. Warnecke** über den Beschlussvorschlag der WLH-Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag der WLH-Fraktion:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, dass abweichend von der Priorisierung der Verwaltung im Projektplan (PP) des Gebäudemanagements, die nachfolgend sachlichen Kriterien ausschlaggebend sind. Diese Priorisierung ist sichtbar im PP einzutragen.

Mit Prio 1 werden alle Projekte gekennzeichnet und entsprechend abgearbeitet, welche aufgrund "gesetzlicher Vorgaben" zu erfüllen sind.

Mit Prio 2 werden alle Projekte gekennzeichnet und entsprechend abgearbeitet, welche aufgrund festgestellter Schadstoffbelastungen" zwingend notwendig sind, zeitnah abgearbeitet zu werden.

Für die Projekte mit Prio 1 und Prio 2 ist sofort ein Projektverantwortlicher einzutragen und mit der Aufgabenwahrnehmung zu beauftragen. Die Projektphasen sind zu benennen.

Mit Prio 3 werden alle übrigen Projekte gekennzeichnet, welche nur bearbeitet werden, wenn die Bearbeitung der Projekte mit Prio 1 und Prio 2 gewährleistet ist. Zu den Projekten mit Prio 3 legt die Verwaltung zum nächsten SPUBA einen Projektplan vor, welcher die personellen und finanziellen Möglichkeiten berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
3 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen / 1 befangen

Beschlussvorschlag gem. Vorlage:

1. Der Rat der Stadt Haan nimmt den Projektplan zusammen mit dem Projektsachstandsbericht des Gebäudemanagements mit Stand 31.03.2023 laut Anlage zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Haan stimmt der daraus ersichtlichen Priorisierung von Maßnahmen aus dem Themenspeicher entsprechend der fachlichen Empfehlung der Verwaltung zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
14 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen / 1 befangen

Die Stv. Braun-Kohl hat sich für befangen erklärt und daher an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

./ Betreuungssituation in den Kitas

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag und verweist auf einen Bericht der Rheinischen Post, wonach das Losverfahren auch in anderen Kitas angewendet werde. Weiterhin beantragt sie eine Sitzungsunterbrechung um anwesenden, betroffenen Eltern hier die Möglichkeit einer Stellungnahme zu geben.

Stv. Rehm führt aus, dass die GAL-Fraktion die Aufnahme in die Tagesordnung unterstützt habe. Er erläutert jedoch, dass hierzu bereits im Jugendhilfeausschuss ausführlich berichtet worden sei. Demnach wisse man, welche Personalsituation gerade in den Kitas vorherrsche und welche Möglichkeiten machbar seien. Er stelle sich die Frage, was der Haupt- und Finanzausschuss und der Rat entscheiden können, um diese Situation der fehlenden Fachkräfte bis zu den Sommerferien zu verbessern.

Stv. Lukat mache dies abhängig von der Beratung und den Aussagen der Verwaltung. Sie fragt daher an, wie eine hundertprozentige Verlässlichkeit mit Blick auf die Kita-Bedarfsplanung gewährleistet werden und wie eine Lösung bezüglich der Elternbeiträge aussehe, wenn die entsprechenden Betreuungszeiten nicht eingehalten werden können.

1. Bgo. Herz verweist hierzu auf die seit einem knappen Jahr unter Einbindung politischer Expertinnen und Experten fokussierte Strategie zur Fachkräftesicherung und eine aktuell geplante Imagekampagne für den pädagogischen Bereich. Sie erläutert, dass das Thema bereits seit Monaten in verschiedenen Gremien wie z.B. dem Jugendhilfeausschuss diskutiert worden sei. Nicht alle offenen Stellen können zeitnah besetzt und Krankheitsausfälle kaum kompensiert werden. In der Kita Am Sandbach sind viele Herausforderungen kumuliert aufgetreten. Es sei daher leider notwendig, eine vorübergehende Gruppenschließung vorzunehmen. Sobald die Personalsituation sich nachhaltig verbessert habe, könne die Gruppe aber wieder aufgemacht werden. Keine Kita kann eine hundertprozentige Garantie für die Betreuungssicherheit geben, jedoch nutze die Verwaltung bereits alle Handlungsoptionen, um die Situation zu verbessern. Ebenso sei man mit betroffenen Eltern im regelmäßigen Gespräch.

Bezüglich der Elternbeiträge teilt sie mit, dass es keinen Automatismus gäbe, dass diese ausgesetzt würden, wenn die Kinder nicht betreut werden können. Man sei derzeit in der Prüfung, welche Regelung für alle Beteiligten fair und durchführbar sei, ohne das Verwaltungspersonal unnötig zu überlasten. Eine tagesscharfe Abrechnung sei aufgrund des immensen Aufwandes nicht möglich. Ebenso prüfe man derzeit eine Lösung für die Essensgelder. Sofern ein Kind rechtzeitig vom Essen abgemeldet werde, würde dies auch entsprechend nicht berechnet. Bei einer Notbetreuung würden derzeit zudem nur pauschal drei Essen abgerechnet. Dem Jugendhilfeausschuss wird hierzu ein Entscheidungsvorschlag unterbreitet.

Stv. Blossey teilt mit, dass die SPD-Fraktion auch in Verbindung mit dem Stadtelternrat sei. Auch er bestätigt, dass das Thema nicht neu sei und im Jugendhilfeausschuss ausführlich diskutiert worden sei und man auch bereits vieles auf den Weg gebracht habe.

Stv. Endereß schließt sich dem Wortbeitrag des Stv. Blossey an. Viele Diskussionen seien hierzu bereits im Fachausschuss geführt worden.

Stv. Ruppert führt aus, dass die Sorgen der Eltern nachvollziehbar seien. Auch er stelle sich, ebenso wie der Stv. Rehm die Frage, was der Rat unternehmen könne, um die Situation kurzfristig zu verbessern. Fachkräftemangel sei nichts neues insofern könne man die Verwaltung lediglich unterstützen, ihre Bemühungen die vakanten Stellen zu besetzen fortzusetzen. Kritik übt er jedoch an dem Umstand, dass Gelder für eine Leistung eingezogen würden, die nicht erbracht werde.

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt, dass sich die Verwaltung des Problems bewusst sei und sich daher bereits selbst die Aufgabe gegeben habe, durch verschiedene Maßnahmen zu versuchen, vakante Stellen schnellstmöglich mit dem geeigneten Fachpersonal zu besetzen. Ihrer Einschätzung nach gehe es den meisten Eltern auch weniger um die zu zahlenden Beiträge als vielmehr um die Sicherstellung der Betreuung ihrer Kinder.

Stv. Günther verweist auf die letzte Vollversammlung des Stadtelternrates, in der bereits alle hier aufgeworfenen Fragen beantwortet worden seien. Sie lobt die Bemühungen des Stadtelternrates zu diesem Problem. Auch bezüglich der Gruppenschließung führt sie aus, dass die Verwaltung dies nicht ohne Grund mache. Es gäbe gesetzliche Auflagen, die erfüllt werden müssten, um eine Gruppe aufrecht erhalten zu können. Könne dies in dem vorgeschriebenen Rahmen nicht mehr gewährleistet werden, habe man keine Wahl.

Stv. Lemke erläutert, dass allen Fraktionen daran gelegen sei, niemanden zu überfordern. Die Verwaltung habe klar dargelegt, was das Problem sei und dass sie bereits daran arbeite, dieses schnellstmöglich zu lösen.

Stv. Lukat begrüßt, dass bereits Kontakt zu den Eltern und dem Stadtelternrat bestehe. Selbstverständlich bestehe das Problem in allen Kitas. Nach der vorgetragene Stimmungslage sei es nicht angebracht den Antrag aufrecht zu erhalten. Sie bittet jedoch die Verwaltung darum, einen Kriterienkatalog aufzustellen, was die Verwaltung unternehme, um hier attraktive Arbeitsplätze zu schaffen, um die vakanten Stellen zu besetzen.

Beschluss:

Die WLH-Fraktion hat ihren Antrag vom 08.06.2023 zurückgezogen. Eine Beschlussfassung erfolgt daher nicht.

**3./ Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus 2022 nach 2023 gem. § 22
KomHVO
Vorlage: 20/086/2023**

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**4./ Befangenheit/Mitwirkungsverbot von Ratsmitgliedern – nachträgliche
Offenlegungsmitteilung
Vorlage: BM/016/2023**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert die Vorlage.

Stv. Lukat verweist auf den ursprünglichen Antrag der WLH-Fraktion zu diesem Sachverhalt vom 31.01.2023 sowie die Mail an die Verwaltung und Fraktionen bezüglich der vorgelegten Liste. Hier seien noch einige Informationen offen. Als Beispiel führt sie hier das Bebauungsplanverfahren Nr. 149 „Am Teichkamp“ an. Hier sei in der Niederschrift des Rates am 27.06.2017 eine Befangenheit vermerkt worden, die in dieser Liste nicht aufgeführt sei. Ebenso gäbe es Ratsmitglieder, welche Grundstückseigentümer von Nachbargrundstücken bereits behandelte Bebauungsplanverfahren seien. Dies sei ebenfalls nicht in der Liste vermerkt.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt hierzu mit, dass die Verwaltung lediglich die Sitzungsprotokolle prüfen und hier darstellen könne. Sie weist darauf hin, dass die Befangenheitserklärungen eine Bringschuld der Rats- und Ausschussmitglieder seien. Es sei nicht Aufgabe der Verwaltung, zu jedem Sachverhalt im Vorfeld zu prüfen, welches Rats- oder Ausschussmitglied hier möglicherweise befangen sein könnte. Dies müsse das jeweilige Mitglied von sich aus im Vorfeld mitteilen.

StA Jonke ergänzt, dass in den Sitzungsprotokollen vermerkt werde, wenn sich jemand für befangen erklärt. Dies werde in den Protokollen ausdrücklich mit „befangen“ vermerkt. Gleichzeitig wird aber bei Abstimmungen auch vermerkt, wenn sich ein Rats- oder Ausschussmitglied zum Zeitpunkt der Abstimmung aus unterschiedlichen Gründen gerade nicht im Raum befinde. Dies würde in den Protokollen mit „nicht teilgenommen“ vermerkt. Der Hinweis „nicht teilgenommen“ bedeute keinesfalls, dass ein Rats- oder Ausschussmitglied befangen sei. Es bedeutet lediglich, dass ein oder mehrere Mitglieder zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum waren und folglich an der Abstimmung nicht teilgenommen haben. Dies sei auch beim genannten Beispiel der Sitzung vom 27.06.2017 der Fall gewesen und wurde daher auch nicht in der Liste der Befangenheitserklärungen aufgeführt.

Stv. Rehm bestätigt, dass die Erklärung der Befangenheit eine Bringschuld der Rats- und Ausschussmitglieder sei. Auch die Transparenz in Form des Protokolls und der hier vorgelegten Liste sei richtig und wichtig. Er beantragt daher für die GAL-Fraktion, dass die vorgelegte Liste weitergeführt und einmal im Jahr dem Rat zur Kenntnis vorgelegt werde.

Stv. Ruppert schlägt zusätzlich vor, das Thema nochmal in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung zu besprechen.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über den mündlichen Antrag der GAL-Fraktion abstimmen.

Mündlicher Antrag der GAL-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Liste der Befangenheitsmeldungen, analog zu der hier vorgelegten Liste, weiterzuführen und diese dem Rat regelmäßig einmal im Jahr zur Kenntnis vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
13 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltungen

Beschlussvorschlag gem. Vorlage:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Anpassung der Kita-Bedarfsplanung **Vorlage: 51/063/2023**

Beschlussvorschlag:

Zum Beschluss des JHA vom 09.02.23:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt HFA und Rat, der vorgelegten Änderung zu den gemeldeten Plätzen zur Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2023/2024 (1. August 2023 bis 31. Juli 2024) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII zuzustimmen.“

Der Jugendhilfeausschuss sowie der Haupt- und Finanzausschuss nehmen die Detailaufschlüsselung (s. Anlage) der zu meldenden Kinderbetreuungsplätze inkl. der Minimalabweichungen zur Kenntnis und beschließen, dass die Verwaltung künftige Minimalabweichungen in der Kitabedarfsplanung eigenständig vornehmen und gegenüber dem LVR melden darf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

6./ Änderung zum Kriterienkatalog zur Aufnahme gemeindefremder Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen des Rates vom 28.06.2016 **Vorlage: 51/061/2023**

Beschlussvorschlag:

Der JHA und HFA empfehlen dem Rat, den Ratsbeschluss vom 28.06.2016 wie folgt nachzuschärfen:

„In Haaner Kindertageseinrichtungen werden vorrangig Kinder mit Wohnsitz Haan aufgenommen.

Gemeindefremde Kinder, die die Kriterien

- Umzug nach Haan
- **Mitarbeiter/innenkind von allen Trägern und Einrichtungen in Haan**
- **Mitarbeiter/innenkind der Beschäftigten der Stadtverwaltung Haan**
- **Kinder von OGS Mitarbeiter_innen**
- Wohnsitz innerhalb der Grenze einer Haaner Kirchengemeinde
- Berücksichtigung des sog. „Waldorf-Kontingents“

erfüllen, können ebenfalls aufgenommen werden. Aufnahmen, die nicht unter diese Kriterien fallen, sind als Einzelfallentscheidung mit dem Jugendamt abzustimmen.“

Der Beschluss wurde mit der o.g. Änderung (in fett gedruckt) zur Abstimmung gebracht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7./ Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Offene Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan
Vorlage: 51/059/2023**

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Offener Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Gleichzeitig treten die Richtlinien der Stadt Haan zur Festsetzung des Entgeltes für die Teilnahme an der Verlässlichen Grundschule (VGS) an den Städt. Offenen Ganztagschulen „Don-Bosco-Schule“ und GGS Gruiten gem. Beschluss des Rates der Stadt Haan vom 29.03.2022 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7.1. Ergänzungsvorlage zur Neufassung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Offene Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan
Vorlage: 51/059/2023/1**

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**8./ Änderung der Satzung für die Kindertagespflege
Vorlage: 51/067/2023**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Änderungen der Satzung für die Kindertagespflege, welche als Anlage 1 in Form einer Synopse beigefügt ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**9./ Zusammenschluss der Adoptionsvermittlungen beim Kreis Mettmann
Vorlage: 51/062/2023**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan befürwortet grundsätzlich eine Beteiligung der Stadt Haan am Zusammenschluss zur Adoptionsvermittlung auf Kreisebene und stimmt grundsätzlich der Umlage der Aufwendungen basierend auf der Einwohnerzahl der beteiligten Kommunen zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen hierzu mit den Kooperationspartnern fortzusetzen und die erforderlichen Aufwendungen im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2024 ff. zu kalkulieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10./ Neubau Erweiterungsbau Don-Bosco-Schule
hier: Anpassung Kostenbudget und Terminrahmen
Vorlage: 65/050/2023**

Protokoll:

Stv. Rehm spricht sich im Namen der GAL-Fraktion für den Erweiterungsbau an der Don-Bosco-Schule aus, betont aber, dass man mit der Art der Vergabe an einen Generalunternehmer und den damit verbundenen Mehrkosten nicht einverstanden sei und deshalb gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde.

Stv. Ruppert führt aus, dass aus Gründen des Denkmalschutzes die erste Planung nicht umgesetzt werden konnte. Nun habe man eine neue Planung, welche jedoch deutlich höhere Kosten verursache. Man könne jedoch die Kinder und auch die Schule nicht hängen lassen, weshalb sich die FDP-Fraktion für den Beschlussvorschlag ausspreche.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des Projektes mit dem geänderten Kostenbudget und Terminrahmen durchzuführen.

Die hierfür ergänzend benötigten Haushaltsmittel in Höhe von 3.281.082 EUR werden in der kommenden Haushaltsplanung 2024 veranschlagt.

Die ergänzend benötigten Haushaltsmittel für die Anmietung der Interimscontainer in Höhe von 84.000 EUR werden über das ursprünglich geplante Nutzungsende 10.2024 bis zum jetzt geplanten Nutzungsende 10.2026 in der kommenden Haushaltsplanung 2024-2027 berücksichtigt.

Bedingt durch die derzeitige Marktlage ergibt sich – nach derzeitigem Kenntnisstand – für die Umsetzung des Projektes (o. Interimscontainer) eine Kostensteigerung gegenüber den im Oktober 2020 freigegebenen Projektkosten (5,7 Mio. EUR bzw. 5,55 Mio. EUR) um 3.281.082 EUR auf 8.831.082 EUR.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
11 Ja / 6 Nein / 1 Enthaltung

11./ Rahmenvereinbarung für neue Seniorenbegegnungsstätten
Vorlage: 50/025/2023

Beschlussvorschlag:

Die Rahmenvereinbarung für neue Seniorenbegegnungsstätten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangwohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) vom 11.07.2017
Vorlage: 50/023/2023/1

Beschlussvorschlag:

Der SIGA und HFA empfehlen, der Rat der Stadt Haan mögen beschließen: Die im Entwurf beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler vom 11.07.2017 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

13./ Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 24.01.2023

Beschlussvorschlag:

I.

Der Rat der Stadt erklärt:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.

2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.

3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.

4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neuregelung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

II.

Der Rat der Stadt Haan erklärt formlos den Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“.

III.

Der Beitritt ist kostenfrei. Es wird aber hierfür ein Budget in Höhe von 100,-€ den Haushalt 2023 ff eingestellt, um ggfl. Aktionsplakate drucken zu können.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

10 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

**14./ Stiftung Städtepartnerschaft Haan/Eu - Bestellung treuhänderische
Verwaltung
Vorlage: II/038/2023**

Beschlussvorschlag:

Mit der treuhänderischen Verwaltung des Stiftungsvermögens der unselbständigen Stiftung Städtepartnerschaft Haan/Eu wird gem. § 4 Satz 2 der Satzung neben der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister und der Beigeordneten Annette Herz die Leiterin des Jugendamtes, Frau Stephanie Dellit, bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**15./ Bebauungsplan Nr. 203 "Böttinger Straße, Zum Alten Güterbahnhof" als
Bebauungsplan der Innenentwicklung gem § 13a BauGB
hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, §§ 3 (1), 4 (1), 3
(2), 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/071/2023**

Beschlussvorschlag:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die in den Beteiligungen nach den §§ 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Bebauungsplan Nr. 203 „Böttingerstraße, Zum Alten Güterbahnhof“ mit Stand vom 14.04.2023 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 14.04.2023 wird zugestimmt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke 384, 388, 390, 392, 394, 398 und 403 in der Flur 30 der Gemarkung Haan. Das Grundstück wird maßgeblich begrenzt von der Flurstraße im Norden, der Böttingerstraße im Osten und der Straße Zum Alten Güterbahnhof im Süden und Westen. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung zu entnehmen.
3. Der Flächennutzungsplan wird im Bereich „Böttingerstraße, Zum Alten Güterbahnhof“ gemäß dem Entwurf vom 14.04.2023 (45. Änderung des Flächennutzungsplans) im Wege der Berichtigung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16./ Anpassung der Satzung über den Schutz des Baumbestands in der Gartenstadt Haan (Baumschutzsatzung)

Hier: - Antrag der GAL-Fraktion vom 27.05.2022

- Beschluss der Satzung

Vorlage: 61/070/2023

Protokoll:

Stv. Endereß erläutert, weshalb aus Sicht der CDU-Fraktion Fichten und Tannen nicht in der Satzung enthalten sein sollten. Er beantragt daher den § 3 Abs. 2 der Satzung entsprechend zu ändern.

Stv. Rehm führt aus, dass es vor allem auch darum gehe einheimische Bäume zu schützen, weshalb aus Sicht der GAL-Fraktion Fichten und Tannen schützenswert seien und daher in die Satzung gehören.

Stv. Ruppert zweifelt die effektive Wirksamkeit der Satzung an, denn die Einhaltung dieser müsse auch entsprechend kontrolliert werden. Ebenfalls könne die FDP-Fraktion einer Verschärfung der Satzung, als Beispiel nennt er hier, dass für jeden gefälltten Baum drei neue gepflanzt werden müssten, nicht zustimmen.

Stv. Rehm erläutert, dass hier notwendige Anpassungen vorgenommen würden und man daher nicht von einer Verschärfung sprechen könne.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt im Anschluss ziffernweise über den Beschlussvorschlag abstimmen und betitelt den beantragten Zusatz der CDU-Fraktion als Ziffer 2a.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Antrag der GAL-Fraktion vom 27.05.2022 wird teilweise entsprochen.

2a. In § 3 Abs. 2 der Satzung wird der Satz zu den Nadelbäumen durch folgenden Satz ersetzt:

„Nadelbäume (einschl. Gingko) **außer Tannen und Fichten** mit einem Stammumfang von mindestens 100 cm“

2b. Die Satzung über den Baumbestand der Gartenstadt Haan mit Stand vom 25.04.2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig angenommen

zu 2a.

mehrheitlich abgelehnt

8 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen

zu 2b.

einstimmig angenommen

10 Ja / 0 Nein / 8 Enthaltungen

17./ Wahl der Haupt- und Hilfsschöffinnen/-schöffen für die Schöffengerichte und Strafkammern (einschl. Schwurgericht – ohne Jugendstrafkammern-) des Landgerichtsbezirkes Wuppertal für die Amtszeit von 01.01.2024 bis zum 31.12.2028

Vorlage: 32-2/032/2023

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage 1 im nicht öffentlichen Teil beigefügte Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffinnen /- schöffen der Schöffengerichte und Strafkammern des Landgerichtsbezirkes Wuppertal für die Amtszeit vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2028 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

18./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die vorliegenden Anfragen wurden seitens der Verwaltung schriftlich beantwortet (siehe Ratsinformationssystem – TOP 18)

Die Anfrage der GAL-Fraktion bezüglich der Verpflegung in den Kitas und den Essensgeldern wurde seitens der Verwaltung bereits unter dem TOP „Betreuungssituation in den Kitas“ beantwortet.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

19./ Mitteilungen

Protokoll:

1. Bgo. Herz teilt mit, dass die Verwaltung derzeit prüfe, das Deutschlandticket für den Schülerverkehr einzusetzen. Eine entsprechende Vorlage hierzu würde zur kommenden Sitzung des Rates vorgelegt werden. Eine vorherige Befassung des Fachausschusses mit dem Thema war leider nicht möglich, da die rechtlichen Rahmenbedingungen erst kurzfristig mit enger Terminalschiene zur Entscheidung vorlagen.

Stv. Lukat verweist auf die Antwort zur Anfrage der WLH-Fraktion bezüglich des Teichkamps und bedankt sich bei der Verwaltung, dass man sich des Themas angenommen habe.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.